Mörfelden-Walldorf 14.07.2016

Mörfelden-Walldorf hängt Banner ab

Mit großen Transparenten demonstrierten am Dienstag rund 80 Menschen vor dem Rathaus Walldorf gegen die von der Kreistag beantragte Entfernung der Flughafenbanner. Im Anschluss verabschiedete eine große Parlamentsmehrheit den Antrag. Foto: Sebastian Schwappacher/Vollformat

Von Jörg Monzheimer

STADTPARLAMENT Neue Mehrheit aus SPD, Freien Wählern und FDP lässt flughafenkritische Plakate von öffentlichen Gebäuden entfernen

MÖRFELDEN-WALLDORF - Die flughafenkritischen Banner an öffentlichen Gebäuden in Mörfelden-Walldorf sollen bis Ende Juli abgehängt werden. Diesen Beschluss hat die neue Mehrheit aus SPD, Freien Wählern und FDP am Dienstagabend im Stadtparlament mit Unterstützung von Teilen der CDU-Fraktion gefasst. Grüne und DKP/Linke Liste lehnten die Pläne ab, ebenso die CDU-Stadtverordneten Jan und Bernd Körner.

Rund 50 Zuhörer verfolgten die anderthalbstündige Debatte, der eine Demonstration am Walldorfer Rathaus vorausgegangen war. Sie machten ihrem Unmut über manche

Wortbeiträge immer wieder mit Pfiffen und Buh-Rufen Luft. Auf Widerstand aus dem Parlament stieß der zwischenzeitliche Versuch des Vorsitzenden Werner Schmidt (SPD), nach etlichen Beiträgen die Rednerliste zu schließen. Letztlich gab es 16 Wortmeldungen.

SCHAUPLATZ DER STARTBAHNPROTESTE

Mörfelden-Walldorf galt lange Zeit als Speerspitze des Kampfs gegen den Flughafenausbau. Am 27. April 1965 war in Mörfelden von Kurt Oeser die Interessengemeinschaft zur Bekämpfung des Fluglärms gegründet worden, später war die Stadt Schauplatz des Protests gegen die Startbahn 18 West. Der Startbahnkonflikt spielte auch für den Aufstieg der hessischen Grünen eine entscheidende Rolle. Gegen den Bau der 2011 in Betrieb genommenen Landebahn Nordwest war die Stadt vor allem juristisch vorgegangen. (mzh)

Neue Mehrheit setzt auf Dialog mit Fraport

Die neue Mehrheit möchte einen kooperativeren Umgang und den Dialog mit dem Flughafenbetreiber Fraport suchen. Burkhard Ziegler (Freie Wähler) dankte zwar allen, die sich in der Vergangenheit friedlich für Lärmschutz und gegen den Expansionshunger des Flughafens eingesetzt hätten. Durch die konfrontative Haltung sei Mörfelden-Walldorf aber unter seinen Möglichkeiten geblieben. Die Freien Wähler erhoffen sich mehr Gewerbeansiedlungen und mehr Einnahmen für die Stadt, wenn dem Flughafen offener begegnet wird. Für die FDP nannte Carsten Röcken die Banner ein „Negativsymbol“, das Investoren abschrecke. Richard Lehner (Grüne) hielt es indes für naiv zu glauben, dass mit dem Abhängen der Banner Gewerbeansiedlungen befördert würden. Gerd Schulmeyer (DKP/LL) bezeichnete Fraport als schlechten Nachbarn, dem Einhalt geboten werden müsse.

Für die CDU wertete Karsten Groß das Abhängen der Banner als Dokument des Neuanfangs. Fraktionsvorsitzender Jan Körner wandte sich indes gegen den Vorschlag, weil er die Stadt weiter spalte. Bei der CDU sind Abstimmungen zum Flughafen traditionell freigestellt.

Seitens der SPD wehrte sich Fraktionschef Alexander Best gegen den Vorwurf, die Sozialdemokraten vollzögen eine historische Wende. Er erinnerte an Gallionsfiguren im Kampf gegen den Flughafenausbau wie Bernhard Brehl und Kurt Oeser. An der Forderung nach Lärmschutz und einem echten Nachtflugverbot halte die SPD weiter fest. Derzeit gebe es keine weiteren Expansionspläne, gegen die man juristisch vorgehen könne. Zudem müsse man aus ideologischen Gründen nicht alles ablehnen, nur weil es von Fraport komme.

Sprecher von Grünen und DKP/Linker Liste beklagten indes eine Zäsur in der Haltung Mörfelden-Walldorfs zum Flughafen. Sie beschworen unter anderem den Widerstand gegen die Startbahn West, bei dem 1980 sogar vier Stadtverordnete in den Hungerstreik getreten waren. Der Widerstand gegen den Flughafenausbau gehöre zur Identität der Stadt, die auf den Bannern erhobenen Forderungen seien nach wie vor aktuell, erklärten Dietmar Treber und Volker Arndt (beide DKP/LL). Grünen-Fraktionsvorsitzende Andrea Winkler sagte, dass sich Mörfelden-Walldorf mit diesem Beschluss aus der Solidarität der Kommunen im Umfeld des Frankfurter Flughafens verabschiede.

In der Debatte fiel auch der Begriff Meinungsdiktatur. Carsten Röcken (FDP) merkte dagegen an, dass es in der Stadt eine „große, aber stille Gruppe“ gebe, die sich einen pragmatischeren Umgang mit dem Flughafen wünsche. Sein Sohn Brian Röcken plädierte dafür, an öffentlichen Gebäuden Neutralität zu wahren.

Das Abhängen der Banner hatte eigentlich bereits am 7. Juni beschlossen werden sollen. Die Sitzung war allerdings abgesagt worden, weil Erster Stadtrat Franz-Rudolf Urhahn (Grüne) kurz zuvor einen Herzinfarkt erlitten hatte.

Das könnte Sie auch interessieren

Weiterer unsittlicher Übergriff auf Jugend...
Neben einem Vorfall am Sonntagabend gegen 18.30 Uhr, bei dem ein 19-jähriger Asylbewerber eine... **mehr**

Frau im Schwimmbad belästigt
Ein bislang unbekannter Täter hat am Sonntagmittag eine Frau im Schwimmbad belästigt, teilt die... **mehr**

Zehnjähriger aus Darmstadt droht Polizisten...
Da staunten die Beamten nicht schlecht: Ein zehn Jahre alter Junge, der der Bundespolizei... **mehr**

Neuer Mannschaftsarzt des SV Darmstadt 98 wird...
Der SV Darmstadt 98 hat sein Funktionsteam für die kommende Bundesliga-Saison komplettiert:... **mehr**

powered by plista

© Echo Zeitungen GmbH - Alle Rechte vorbehalten